

Digitalpolitik für eine demokratische und resiliente Zukunft

Forderungen der Open Knowledge Foundation
Deutschland zur Bundestagswahl 2025



www.okfn.de



Die Open Knowledge Foundation setzt sich dafür ein, dass unsere Demokratie gestärkt, das gesellschaftliche Miteinander gefördert wird und sich gesellschaftspolitisches Handeln am Gemeinwohl orientiert. Wir streben nach einer offenen und gerechten Gesellschaft.

Wir erleben eine Zeit multipler Krisen und großer Unsicherheiten. Daher müssen wir jetzt das Fundament für eine demokratische und resiliente Zukunft legen. Die Gestaltung der Digitalpolitik, insbesondere der Umgang mit Daten und Informationen, ist dabei von zentraler Bedeutung. Mit Blick auf den Bundestagswahlkampf 2025 fordern wir politische Akteur:innen dazu auf, **Digitalpolitik als Gesellschaftspolitik zu verstehen**, die insbesondere dazu dienen muss,

1. staatliche Handlungsfähigkeit zu stärken & Vertrauen der Menschen in Politik zurückzugewinnen,
2. Transformation offen & innovativ zu gestalten und
3. unsere Demokratie zu schützen & die Zivilgesellschaft zu stärken.

HANDLUNGSFÄHIGKEIT stärken & VERTRAUEN zurückgewinnen

Um Vertrauen in die Demokratie und in die demokratischen Institutionen zurückzugewinnen, braucht es einen Staat, der handlungsfähig ist und für Bürger:innen nachvollziehbar transparent arbeitet. Die bereitwillige und proaktive Veröffentlichung von staatlichen Informationen, die Öffnung von Datenbeständen sowie transparente und moderne Gesetzgebungsverfahren sind Kernbestandteile einer offenen Regierungsführung. Wir fordern:

- Die bestehenden Gesetze zur Bereitstellung öffentlicher Informationen sollen zu einem **Transparenzgesetz des Bundes** weiterentwickelt werden.
- **Das Gesetzgebungsverfahren soll umfassend modernisiert werden:** Von den Eckpunkten bis zur Verkündung soll der Prozess transparent nachvollziehbar sein und digital umgesetzt werden. Gesetze sollen strukturiert digital veröffentlicht und Synopsen verbindlich bereitgestellt werden. Die Frist für die Verbändebeteiligungen darf vier Wochen nicht unterschreiten.
- **Daten aus der Verwaltung sollen standardmäßig als Open Data veröffentlicht werden.** Dazu wird das E-Government-Gesetz um einen **Rechtsanspruch auf Open Data** erweitert. Insbesondere sollen solche Daten, die demokratische Kontrolle ermöglichen, öffentlich einsehbar, maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen automatisiert abrufbar sein. Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Daten für die Politikgestaltung muss stärker berücksichtigt werden.
- **Digitalvorhaben müssen besser kommuniziert werden.** Dazu braucht es **mehr Dialog und partizipative Formate**. Verwaltungen brauchen das Mandat und die Unterstützung, um Externe als Testpersonen und Feedbackgebende sowie in Fokusgruppen in laufende Vorhaben einzubeziehen. Dafür sind angemessene Aufwandsentschädigungen einzuplanen. Zudem muss die Stellenkapazität für Community-Management in den Verwaltungen erhöht werden.



Handlungsfähige, starke Kommunen sind der Schlüssel für ein funktionierendes Gemeinwesen. Bei Fragen der digitalen Transformation sind Kommunen oft auf sich allein gestellt. Das muss sich ändern. Kommunen sind der Ort, an dem Menschen mit dem Staat in Kontakt treten und so konkret erleben, wie der Staat funktioniert und wie eine aktive Teilhabe an der Gestaltung des Gemeinwesens für Menschen organisiert ist. Wir fordern:

- **Kommunen brauchen mehr Unterstützung bei der digitalen Transformation ihrer Strukturen.** Dafür sind **zentrale Vorgaben und Best Practices** für die Bereitstellung von tragfähigen und sicheren IT-Strukturen unabdingbar. Für das langfristige Betreiben sollte ebenfalls nicht jede Kommune selbst zuständig sein.
- Um nachhaltige Lösungen für konkrete Probleme zu entwickeln, braucht es mehr Kooperation. **Die Einbindung engagierter Menschen vor Ort, z. B. durch partizipative Formate und Prozesse,** ist ein längst bekannter Erfolgsfaktor für **Digitalisierungsprojekte**. Staatliche Förderstrukturen sollten dies adäquat unterstützen, z. B. indem sie bei der **Stärkung des digitalen Ehrenamts** dem Grundsatz folgen: weniger Projektförderung, mehr Strukturförderung.

TRANSFORMATION offen & innovativ gestalten

Technologien müssen mehr dazu beitragen, die Komplexität von Problemlagen zu erfassen und Lösungswege für gesellschaftliche Herausforderungen zu skizzieren. Ein möglichst offenes Innovationssystem ist der beste Weg zu nachhaltig funktionierenden Lösungen. Wir fordern:

- **Der Aufbau von Datenmanagementsystemen muss als Grundlage einer modernen Verwaltung verstanden und konsequent vorangetrieben werden.** Dabei sind es die Verwaltungen selbst, die von der Modernisierung der für Open Data notwendigen technischen Prozesse profitieren können. Der Rechtsanspruch auf Open Data kann als Umsetzungsmotor dienen, um diese notwendige IT- und Dateninfrastruktur zu schaffen.
- **Open-Source-Ökosysteme müssen als Pfeiler einer resilienten digitalen Infrastruktur anerkannt und gefördert werden,** ihr Ausbau im Zentrum einer zukunftsorientierten Technologiepolitik in Deutschland und Europa stehen. Dazu braucht es eine **umfassende Förderstrategie**, die neben finanziellen auch strukturelle Unterstützungsmaßnahmen umfasst und die **Schlüsselrolle der Open-Source-Communities** anerkennt. Die Verwaltung soll die von ihnen eingesetzte Software grundsätzlich als Freie/Open-Source-Software lizenziert in das Freie/Open-Source-Ökosystem integrieren. Dabei ist sicherzustellen, dass Software, die einmal mit Steuergeldern entwickelt wurde, der Allgemeinheit zur Verfügung steht und durch Copyleft-Lizenzen vor Privatisierung geschützt wird.
- Es braucht einen gemeinsamen Ansatz der Bundesregierung für den Einsatz automatisierter Systeme. In einer solchen **gemeinsamen KI-Strategie der Bundesregierung** müssen Kriterien für den sinnvollen Einsatz, aber auch für die Abwägung zwischen dem Nutzen und den negativen ökologischen Auswirkungen von KI definiert und qualitativ hochwertige, diskriminierungsfreie Daten als Grundlage für den Einsatz von algorithmenbasierten Systemen in der Verwaltung



sichergestellt werden. Zukünftige KI-Modelle können von einer höheren Datenqualität profitieren, die durch **Linked-Open-Data-Organisationsmodelle** hergestellt wird.

- **Bei der Digitalisierung der Verwaltung muss die Expertise der Zivilgesellschaft stärker berücksichtigt werden.** Ehrenamtliche Initiativen haben bereits zahlreiche technologische Lösungen entwickelt und Erkenntnisse für bessere Prozesse gesammelt – statt auf kommerzielle Innovationsversprechen zu setzen, sollte auf diese bewährten Ansätze zurückgegriffen werden.

In den Verwaltungen müssen verstärkt Digitalkompetenzen aufgebaut werden. Dadurch soll die Abhängigkeit von externen Dienstleistenden verringert und die eigenständige Umsetzungskompetenz erhöht werden. Wir fordern:

- **Der Aufbau digitaler Kompetenzen muss insbesondere auch auf der kommunalen Ebene vom Bund finanziell und strukturell gefördert werden,** z. B. durch die Einrichtung interkommunaler Beratungsstellen. Das Kompetenzzentrum Open Data braucht deutlich mehr Ressourcen und Einsatzmöglichkeiten.
- Gute Hilfestellungen wie der **Servicestandard für die digitale Verwaltung müssen verbindlich in Verwaltungsverordnungen verankert werden,** um die Nutzung in die Fläche zu bringen. Mit dem DigitalService des Bundes gibt es bereits einen bewährten, aber noch nicht ausreichend genutzten Umsetzungspartner für den Servicestandard.
- Die **Datenlabore in den Bundesressorts** sind ein Beispiel für die Erhöhung von Digitalkompetenzen in der Verwaltung. Unterstützenswert und ausbaufähig sind insbesondere der Austausch und die Vernetzung zwischen den Datenlaboren und die bedarfsorientierte Herangehensweise an die Entwicklung von Lösungen. **Nachgeordnete Behörden** brauchen ähnliche Strukturen.

Offene Technologien spielen eine entscheidende Rolle für die ökologische Nachhaltigkeit. Die Gestaltung von offener Hardware ist zentral für die Kreislaufwirtschaft, die ein hohes Maß an Kooperation erfordert. Leicht zugängliche technische Informationen sind dafür unerlässlich. Durch die bessere Reparaturfähigkeit, Instandhaltung und Weiterentwicklungsfähigkeit mittels offener Modularisierung von Hardware wird die Ressourceneffizienz verbessert. Es ist an der Zeit, offene Hardware-Initiativen nicht nur zu würdigen, sondern auch gezielt zu unterstützen. Wir fordern:

- **Offene Hardware-Initiativen direkt fördern:** Die Vorteile der Förderung von reparierbarer, verständlicher und reproduzierbarer Hardware sind vielfältig. Sie ermöglicht individuell angepasste Entwicklungen, verhindert Lock-In-Effekte, fördert die Modularisierung, erhöht die Lebensdauer durch Reparaturmöglichkeiten und stärkt Entwickler:innengemeinschaften, die Innovationen vorantreiben.



- Bestehende Förderungen neu ausrichten: **Förderrichtlinien sind so zu gestalten, dass sie Projekte mit Open-Hardware-Komponenten bevorzugen.** Zusätzlich ist die Einrichtung weiterer Förderinstrumente, wie zum Beispiel eines Open-Hardware-Funds nach dem Vorbild des Prototype Fund, essentiell. Durch diese Maßnahmen wird ein Rahmen geschaffen, der die Entwicklung und Verbreitung offener Hardware vorantreibt und so zu Nachhaltigkeit und Innovation beiträgt.

DEMOKRATIE schützen & ZIVILGESELLSCHAFT stärken

Demokratie lebt von einer starken, kritischen und unabhängigen Zivilgesellschaft, die Gemeinwohlorientierung einfordert und ihre Expertise einbringen kann. Das zivilgesellschaftliche Engagement braucht mehr denn je Schutz und Förderung. Wir fordern:

- Gemeinnützige Vereine und Organisationen, die sich für eine offene, demokratische, vielfältige und solidarische Gesellschaft einsetzen, brauchen Unterstützung – das **Demokratiefördergesetz** ist dafür der richtige Weg und muss beschlossen werden.
- Eine **Reform des Gemeinnützigkeitsrechts** ist dringend geboten, um mehr Rechtssicherheit für das (politische) Engagement von gemeinnützigen Organisationen zu gewährleisten. Dabei sollen auch klare Regeln für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Open-Source-Projekten verabschiedet werden.
- **Es braucht mehr Repräsentanz der Zivilgesellschaft in Gremien und Entscheidungsfindungsprozessen.** Bei digitalpolitischen Fragen sollte die digitale Zivilgesellschaft sowie Open-Source-Entwickler:innen regelmäßig einbezogen werden, denn beim Einsatz neuer Technologien erhöhen Kriterien wie Barrierefreiheit, Datenschutz und offener Quellcode die Akzeptanz, was wiederum den Einsatz und somit den angestrebten Nutzen wahrscheinlicher macht. Und am wichtigsten: Es stärkt das **Vertrauen zwischen Staat und Bürger:innen**. Dazu braucht es beispielsweise die Quotierung in Ausschuss-Anhörungen, das Aufsetzen neuer ko-kreativer Projekte zwischen den Sektoren und einen gleichberechtigten Zugang zu strukturellen Unterstützungsmaßnahmen.
- **Für zivilgesellschaftliche Organisationen** sollten Basiskomponenten eines **Tech-Stack** zentral und einfach bereitgestellt und finanziert werden, z. B. über eine Stiftung.
- **Förderportale der Bundesministerien sollten vereinfacht** und vereinheitlicht werden; die Gestaltung muss stärker der Nutzendenzentrierung dienen (z. B. mit dem DigitalService des Bundes). Im Zuwendungsrecht sollten Verwaltungskostenpauschalen für Organisationen, die keine Grundförderung haben, ermöglicht werden.



Bildung braucht konstante Aufmerksamkeit, nicht nur die Aufregung um PISA. In einer digitalen Gesellschaft müssen Menschen aller Altersgruppen befähigt werden, sich konstruktiv, kritisch und souverän mit digitalen Technologien auseinanderzusetzen. **Digital Literacy** ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Wir fordern:

- **Jugendbildung** findet oft auch außerschulisch statt. Engagement mit und für Jugendliche braucht **verlässliche Strukturen und geschultes Personal**. Fördermaßnahmen sollten daher mehr auf bestehende und erprobte Projekte setzen, statt immer neue Modellprojekte zu starten.
- Für junge Menschen mit Interesse an Digitalthemen, die nach dem Schulabschluss einer gemeinwohlorientierten Tätigkeit nachgehen möchten, sollte es bundesweit das **Angebot eines Freiwilligen Sozialen Jahrs Digital** geben. Die Modellprojekte zeigen den Bedarf, ebenso besteht eine Vielfalt möglicher Einsatzstellen.
- Der Zugang zu Bildungsmaterialien darf nicht vom sozioökonomischen Status abhängig sein. Deswegen braucht es eine **gezielte und langfristige Förderung von freien Lehr-/Lernmaterialien** (Open Educational Resources, OER). Der OER-Ansatz soll bei bundesweiten Bildungsinitiativen als Standard gelten.

IMPRESSUM

Open Knowledge Foundation Deutschland e. V.
Singerstr. 109
10179 Berlin

16.12.2024

ANSPRECHPERSON

Dr. Henriette Litta
Geschäftsführerin
henriette.litta@okfn.de

